



Europatelegramm

Informationen von Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP (S&D)

Dezember 2016
Ausgabe 4/2016, #10



Die SPD-Abgeordneten - Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Inhalt

- US-Wahlen: Trumps Sieg als Zeichen der Systemkritik?
- Neues aus dem Parlamentsalltag
- CETA und der Widerstand in der Wallonie: Welche Schlüsse muss Europa ziehen?
- Für ein soziales und solidarisches Europa: Wir brauchen einen neuen Aufbruch für die Vereinigten Staaten von Europa!
- Neues aus der Betreuungsregion
- Besuch auf Hof Sackern in Wetter (Ruhr)
- Europaquiz

US-Wahlen:

Trumps Sieg als Zeichen der Systemkritik?

Auch einige Wochen nach dem Wahlerfolg Donald Trumps ist für viele Menschen nicht nachvollziehbar, wie ein Rassist und Sexist mit rechtspopulistischen Forderungen die Mehrheit der „Wahlmännerstimmen“ auf sich vereinen konnte. Doch war dieser Sieg wirklich so unvorhersehbar? Wir leben in Zeiten, in denen nationalistische und totalitäre Strömungen nicht nur in Europa, sondern weltweit Zulauf gewinnen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt und nicht ernst genommen. Damit haben sie nicht ganz Unrecht. So ist der Reichtum so ungleich wie noch nie verteilt. 2015 besaßen die 62 reichsten Milliardäre soviel Vermögen, wie die ärmere Hälfte der gesamten Menschheit (3,5 Milliarden Menschen). Eine repräsentative Umfrage in den USA ergab, dass 47 Prozent der US-AmerikanerInnen der Meinung sind, dass es Menschen wie ihnen vor fünfzig Jahren besser ging. In einer anderen Umfrage zeigte sich, dass mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung über weniger als 400 Dollar Rücklagen verfügt. Die soziale Schieflage in der Bevölkerung hat also deutlich zugenommen.

Hillary Clinton, die für die US-DemokratenInnen ins Rennen um das Präsidentenamt gegangen ist, stand wie kaum eine zweite Person für das festgefahrene politische Establishment, das für die schlechte soziale Lebenslage vieler BürgerInnen verantwortlich ist. Als Teil des (Wallstreet-)Establishments konnte sie einen Neuanfang, einen Bruch mit dem Bestehenden, nicht verkörpern und im Wahlkampf keine Vision entwickeln, wie es Obama zuvor zweimal erfolgreich geschafft hatte.

Im US-amerikanischen Wahlsystem erschien dann Trump als realistischer Gegenkandidat, der die Abstiegsängste und die Unsicherheit mit rassistischen, homophoben und sexistischen Parolen für sich kanalisierte und damit den Eindruck erweckte, mit dem augenscheinlich politisch eingefahrenen Stil zu brechen. Dass dies eine Illusion ist, erkennt man daran, dass er bislang fast ausschließlich Milliardäre zu Ministern ernannt hat. Darunter ist auch ein Ex-Manager der Investmentbank Goldman Sachs, der Finanzminister werden soll. Trumps Ankündigung, der Wallstreet den Kampf anzusagen, erweist sich somit als eine seiner vielen Lügen. Es ist nun die Aufgabe der Bewegung um Bernie Sanders, die Enttäuschten für das linke Lager zu gewinnen. Zudem muss es eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber geben, wie der globale Rechtsruck zu stoppen ist. Die sozialen Abstiegsängste vieler Menschen, weiterhin durch eine internationale neoliberale Politik ausgegrenzt zu werden, müssen ernst genommen werden: Die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit ist dabei eine Schlüsselaufgabe. Hinzukommen muss auch eine kulturpolitische Auseinandersetzung unter anderem über die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung homophober und ethnischer Anfeindungen. Hierfür bedarf es starke linke sozialdemokratische Antworten und Visionen, die sich der Hetze von Rechts entgegenstellen. Ein Anpassungskurs an rechte Stimmungen ist fasch. Er führt nur zur weiteren Stärkung der Nationalisten.

In den US-Vorwahlen hat Bernie Sanders linke Positionen glaubwürdig verkörpert. Kaum jemand hätte vor Jahren gedacht, dass ein selbsternannter demokratischer Sozialist, der zur politischen Revolution aufruft, im US-Politikgefüge eine ernsthafte Chance hat, als Präsident zu kandidieren. Am Ende scheiterte er bei den Vorwahlen nur knapp gegen Hillary Clinton. Sein Verdienst ist, eine neue linke Bewegung in den USA befördert zu haben, die für viele US-AmerikanerInnen eine politische Alternative zum Establishment und zu Trump symbolisiert.

Neues aus dem Parlamentsalltag:

>> Berichterstatter zur CabSat-Verordnung

Eine der wesentlichen Errungen-schaften der EU ist die Personen-freizügigkeit. Das heißt, dass EU-Bürgerinnen und Bürger frei wählen können, in welchem Mitgliedsstaat sie leben und arbeiten, wo sie ein Studium absolvieren oder wohin sie reisen möchten. Wenn sie sich allerdings im Ausland befinden und sich durch die Medien ihres Heimatlandes informieren wollen, stehen sie oftmals vor einem Problem: dem sogenannten Geoblocking. Dies hat zur Folge, dass Inhalte, die Fernsehveranstalter über das Internet verbreiten, im EU-Ausland teilweise blockiert werden. Grund dafür ist eine veraltete Gesetzgebung. Sie erschwert den Fernsehveranstaltern die Klärung ihrer Programmrechte für die Internet-Übertragung in das Ausland erheblich. Deshalb können ihre Programme oft nicht zugänglich gemacht werden. Dietmar wurde kürzlich vom Europäischen Parlament zum Bericht-erstatte für eine Verordnung ernannt, die genau diese Problematik lösen und einen grenzüberschreitenden Zugang zu Filmen, Serien und anderen TV-Inhalten schaffen soll.

>> Tiemo Wölken neu in der SPD-Europagruppe

Tiemo Wölken (31) ist seit dem 14. November Abgeordneter im Europäischen Parlament und Mitglied in der SPD-Europagruppe. Er ist für Matthias Groote, der zum Landrat des Landkreises Leer gewählt wurde, nachgerückt. Mit Tiemo ist zum ersten Mal jemand im Juso-Alter (jünger als 35 Jahre) für die SPD Mitglied im Europaparlament.

>> Gianni Pittella als Fraktionsvorsitzender bestätigt

Anfang Dezember wählte die Fraktion der Socialists and Democrats (S&D) turnusgemäß ihren Fraktionsvorsitzenden. Der Italiener Gianni Pittella wurde in seinem Amt bestätigt. Zudem nominierte ihn seine Fraktion als Parlamentspräsidenten. Wenn das klappen würde, würde er im Frühjahr 2017 die Nachfolge von Martin Schulz antreten.

CETA und der Widerstand in der Wallonie: Welche Schlüsse muss Europa ziehen?

von Maria Arena

In den letzten Wochen wurde intensiv über die Entscheidung der wallonischen Regierung berichtet, die das CETA-Abkommen aufgrund ihrer roten Linien blockierte. Trotz vieler plumper Äußerungen einiger europäischer Regierungschefs, die versucht haben, die (nicht ausschließliche) belgische Debatte über CETA als eine schlechte Karikatur der europäischen Demokratie abzutun, sind die von der Wallonie aufgeworfenen Fragen von grundlegender Bedeutung.

Nach dieser „Krise“ ist es nun an der Zeit, die europäische Handelspolitik zu reflektieren und die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Die Wallonie hat mit ihrer Entscheidung nämlich in vielerlei Hinsicht einen Einschnitt in der EU-Handelspolitik markiert.

Die erste Lektion, die wir aus dieser „Krise“ lernen können, betrifft die Demokratie. Die von der EU ausgehandelten Handelsabkommen gehen mittlerweile über rein handelspolitische Kompetenzen hinaus und nehmen immer stärker auch auf soziale, ökologische und gesundheitspolitische Aspekte der Gesellschaft Einfluss. Die Intransparenz, mit der Handelsabkommen traditionell ausgehandelt werden, ist mit dieser Realität unvereinbar. Parlamentarische Kontrolle, die Beteiligung der Zivilgesellschaft und Transparenz müssen daher wesentliche Voraussetzungen für die Handelspolitik von morgen sein.

Zweitens müssen die von der Wallonie und von vielen EU-BürgerInnen geteilten Ängste ernst genommen und ihnen muss in den laufenden Verhandlungen (TTIP, TISA) Rechnung getragen werden. Zwar haben die Wallonen nicht direkt den Text des Handelsabkommens ändern können, zumindest haben sie es jedoch geschafft, dass die Rechtmäßigkeit der im Vertragstext vorgesehenen internationalen Schiedsgerichte durch den Europäischen Gerichtshof geklärt wird. Sie haben den Grundstein für den künftigen Umgang mit den wichtigsten Elementen internationaler Handelsabkommen gelegt: die Ablehnung von Sondergerichten für Investoren, die Notwendigkeit eines sozial- und umweltpolitischen Ansatzes, den Schutz öffentlicher Dienstleistungen sowie der Daseinsvorsorge, die Einbeziehung der Parlamente in die regulatorische Zusammenarbeit und die Möglichkeit, ein Handelsabkommen zu beenden, sollte es von diesen Grundsätzen abweichen.

Die dritte Lektion, die wir aus den Verhandlungen über CETA und TTIP lernen müssen, ist, dass „business as usual“ keine Option sein kann. Wir sind an einem Wendepunkt der europäischen Geschichte angelangt, an dem das Misstrauen der BürgerInnen gegenüber den europäischen Institutionen und Politiken - einschließlich der Handelspolitik - ein Rekordniveau erreicht hat. Europa braucht jetzt eine starke Führung, die den berechtigten Anliegen ihrer BürgerInnen Gehör verleiht. Eine Führung, die es wagt, ihr eigenes Handeln zu hinterfragen, über die üblichen leeren Parolen hinauszugehen und Taten folgen zu lassen.

Wir dürfen uns aber auch nichts vormachen: Handel ist wichtig. Die Politik darf sich jedoch nicht von der Annahme leiten lassen, Wachstum und Beschäftigung ausschließlich durch Freihandel und ungezügelt Globalisierung erreichen zu können. Die Liberalisierung der Märkte und die Verschärfung von Ungleichheit sind die natürliche Konsequenz. Daher ist ein neues Modell internationaler Handelsabkommen erforderlich, in dem Handelsliberalisierung durch sogenannte Negativ- und Hybridlisten nicht zum Standard wird. Der Handel muss in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen gestellt werden. Dies erfordert die Einführung verbindlicher Kapitel über soziale sowie ökologische Standards, einschließlich der des Pariser Abkommens über den Klimawandel und der Internationalen Arbeitsorganisation, welche bei Nichteinhaltung mit Sanktionen versehen sind. Darüber hinaus müssen bestehende sowie zukünftige öffentliche Dienstleistungen, die Daseinsvorsorge und das Allgemeinwohl vor wirtschaftlichen Partikularinteressen ausreichend geschützt werden.



Zur Person:

Maria Arena ist seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Zuvor war sie Ministerin der föderalen Region Wallonien.

Für ein soziales und solidarisches Europa: Wir brauchen einen neuen Aufbruch für die Vereinigten Staaten von Europa!

von Dietmar Köster

Europas Existenzkrise erfordert die Neubegründung für ein solidarisches Europa. Ein einfaches „Weiter so“ mit der ein oder anderen kleineren Änderung ist zu wenig, um die umfassende Krise der Europäischen Union zu überwinden. Deshalb muss ein neuer großer Wurf her, eine Vision, die sich in der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa, wie sie die SPD in ihrem Heidelberger Programm von 1925 forderte, bündeln lässt.

Die Krise ist offensichtlich: Zum ersten Mal in der Geschichte hat mit Großbritannien ein Mitgliedsstaat beschlossen, die Europäische Union zu verlassen. Nationalistische Strömungen sind in fast allen EU-Mitgliedsstaaten auf dem Vormarsch. Zentrale politische Fragen, wie beispielsweise der soziale Zusammenhalt in Europa organisiert werden kann und wie ein humanitärer Umgang mit Geflüchteten auszusehen hätte, bleiben unbeantwortet.

Die Zeiten des Nationalstaates sind vorüber: Kein einziger Nationalstaat der EU ist alleine in der Lage, die globalen Probleme des Klimawandels, der Flüchtlendenbewegungen, der internationalen Finanzmärkte, der Steuerhinterziehung der Konzerne, der gerechten Weltwirtschaftsordnung etc. zu lösen. Wir leben in einem kosmopolitischen Zeitalter. Dazu brauchen wir aber keine zentralistische Regelung auf internationaler Ebene. Die Vereinigten Staaten von Europa wären Teil eines föderalen Systems.



Die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union, den Bundesstaaten, den Bundesländern und Kommunen muss nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ausverhandelt werden. Das bedeutet, was auf der jeweils unteren Ebene geregelt werden kann, sollte auch in dortiger Verantwortung bleiben. Die Vereinigten Staaten von Europa müssten auf einem Gesellschaftsvertrag beruhen, der den engen Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Demokratie sichert. Dazu müsste das Europäische Parlament das Kraftzentrum für die politische Richtungsentwicklung in Europa werden. Das jetzige Machtzentrum des Europäischen Rates mit seinen jeweiligen Regierungschefs ist real weniger durch die Förderung der europäischen Integration gekennzeichnet als vielmehr durch das Prinzip, wie kann für die eigene Nation das Beste im Staatenverbund herausgeholt werden. Dieses strukturelle Problem lässt sich nur dadurch lösen, dass die BürgerInnen von Europa ein Parlament wählen, das die Richtung der europäischen Entwicklung bestimmt und zum Beispiel das Königsrecht eines jeden Parlaments erhält, eigene Gesetzesvorschläge zu initiieren.

Zentraler Grund für die Krise der EU besteht darin, dass sich viele Menschen vom derzeitigen System abgehängt fühlen. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Viele Menschen fühlen sich durch die Globalisierung zurückgelassen und glauben nicht mehr daran, dass die Demokratie für ein besseres Leben sorgt. Rechte und antieuropäische Kräfte nutzen das und kanalisieren diese Ängste in nationalistische Ressentiments.

Entscheidend für eine Neubegründung Europas ist die soziale und demokratische Frage. Erst wenn wir die EU zur demokratischen Sozialunion weiterentwickeln, mit der Kaputt-Sparpolitik (Austerität) brechen und die dringenden Investitionen in den sozialen Fortschritt tätigen, entziehen wir den rechten und antieuropäischen Kräften den Nährboden ihrer Argumentation. Das wäre der Anfang für die Vereinigten Staaten von Europa, die den Nationalismus überwinden und den Frieden sichern!

Allerdings habe ich wenig Hoffnung, dass die Institutionen der EU aus sich heraus die Kraft aufbringen, diese Vereinigten Staaten auf Europa aufzubauen. Ein neues solidarisches Europa muss durch eine soziale Bewegung der Bürgerinnen und Bürger neu eingefordert werden. Wir brauchen einen Aufbruch hin zu einem solidarischen Europa, zu den Vereinigten Staaten von Europa!

Neues aus der Betreuungsregion

>> Besuch beim deutschen Bibliotheksverband

In einem Gespräch an der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) in Münster informierte sich Dietmar im November über die digitalen Dienstleistungen der wissenschaftlichen Bibliotheken. Als Mitglied im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments begleitet er unter anderem die Reform des Urheberrechts auf EU-Ebene, die direkte Auswirkungen auf die Arbeit und die Angebote von Bibliotheken haben wird. Dietmar setzt sich dafür ein, dass künftig Verlage die Möglichkeiten von Lehre und Forschung durch einseitige Schutzregelungen nicht mehr einschränken dürfen. Die EU muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch im digitalen Zeitalter Bibliotheken einen Beitrag zur Stärkung von Lehre und Forschung leisten können. Dr. Beate Tröger, Direktorin der ULB in Münster, dankte Dietmar für seinen Besuch und seine klare Haltung.

>> Fördervereinsgründung zur Stärkung der Arbeit von BackUp-ComeBack

Anfang Dezember wurde Dietmar Gründungsmitglied eines neuen Fördervereins zur Stärkung der Arbeit von BackUp-ComeBack. Der Verein berät Opfer rechter Gewalt und hilft Menschen dabei, aus der Neonaziszene auszusteigen. Bereits im April unterstützte Dietmar die Initiative, indem er zusammen mit Mitgliedern des Dortmunder SPD-Unterbezirks eine Spende übergab, die zuvor bei der Filmvorführung „Die Arier“ mit Mo Asumang gesammelt wurde. Der Verein wird ehrenamtlich koordiniert und kann durch Spenden und öffentliche Mittel einen hauptamtlichen Sozialarbeiter beschäftigen.

Besuch auf dem Hof Sackern in Wetter (Ruhr)

Gleich mehrere PolitikerInnen besichtigten Anfang November Hof Sackern in Wetter (Ruhr). So absolvierten Maria Noichl, Dietmars EU-Parlamentsskollegin aus dem bayrischen Rosenheim und Bürgermeister Frank Hasenberg sowie Dietmar den Besuch des ökologisch-dynamischen Landwirtschaftsbetriebs gemeinsam.



Maria Noichl arbeitet für die SPD-EuropaGruppe im Agrarausschuss und diskutierte mit den GesellschafterInnen des Hofes unter anderem die Neuauflage der EU-Öko-Verordnung. Sie stellte dabei klar, dass sie einer neuen Verordnung nur zustimmen kann, wenn sie kein Rückfall hinter die bestehende gute Beschlusslage sein wird und der derzeitige Standard gewahrt würde.

Nicht nur diese Positionierung stieß auf Gegenliebe. Auch bezüglich der Freihandelsabkommen CETA und TTIP waren sich die Hof-GesellschafterInnen und die EuropaparlamentarierInnen einig: CETA ist ein Tiefschlag für eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa, denn Freihandelsabkommen haben in der Vergangenheit zu einer stetigen Öffnung des europäischen Agrarsektors geführt. In Folge dessen mussten sich die europäischen Landwirtschaftsbetriebe immer weiter am Weltmarktpreis orientieren, worunter vor allem die nachhaltige Produktion, faire Bezahlung und die hohen Tierschutzstandards leiden mussten, die mit den Billigimporten aus Übersee nicht konkurrieren können. Die HofgesellschaftlerInnen waren zur Demonstration gegen CETA und TTIP im September in Köln mit einem eigenen Traktor angereist und bedankten sich für das Engagement der Europaabgeordneten gegen CETA und TTIP.



Europaquiz

Senden Sie die richtige Antwort und Ihre Anschrift per Mail oder Post an das Europabüro in Wetter und gewinnen Sie einen von drei Büchergutscheinen im Wert von je 25 Euro. Einsendeschluss ist der 1. Februar 2017.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Umlaute sind erlaubt.

Erstrecht, Vorrecht, Vergünstigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
hellster Stern im Sternbild Skorpion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abänderung, Rückschau, Überprüfung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ruhrdeutsch: für umsonst	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Veranschaulichen, Darstellung, Beweis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
auffallen, ausgeprägt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
falsche Pressemeldung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nennwort, Substantiv	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gebirgskette der Karpaten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ihr Kontakt zu Dietmar Köster, MdEP:

Europabüro Dietmar Köster, MdEP
Königstraße 69a
58300 Wetter (Ruhr)

Telefon: 02335 5222

Fax: 02335 5221

E-Mail: info@dietmar-koester.eu

Homepage:

www.dietmar-koester.eu

Facebook:

facebook.com/dietmar.fuer.europa

Auflösung des Europaquiz' Ausgabe Oktober 2016

Die Lösung lautete:

EUROPA

Je einen Büchergutschein in Höhe von 25 Euro haben gewonnen:

- Dr. Malte Dürr, Herdecke
- Frank Richard, Unna
- Dr. Friedrich Besch, Bochum

Herzlichen Glückwunsch!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

(V.i.S.d.P.):

Dr. Dietmar Köster, MdEP

c/o: Europabüro Wetter (Ruhr)

Königstraße 69a

58300 Wetter (Ruhr)

Fotos:

Seite 2: Maria Arena

Seite 3: Steffen Suuck

Seite 4: Lukas Günther

Texte:

Seite 1:

- Trumps Sieg als Zeichen der Systemkritik: Dietmar Köster und Lukas Günther, Mitarbeiter im Europabüro

Seite 2:

- CETA und der Widerstand der Wallonie: Maria

Arena, Übersetzung: Thomas Bergmann, Wissen-

schaftlicher Referent im Parlamentsbüro

- Neues aus dem Parlamentsalltag: Dr. Sonja

Grabowsky, Wissenschaftliche Referentin

Seite 3:

- Wir brauchen einen neuen Aufbruch für die

Vereinigten Staaten von Europa: Dietmar Köster

- Neues aus der Betreuungsregion: Lukas

Günther

Seite 4:

- Besuch auf dem Hof Sackern: Lukas Günther

Europapolitischer Jahresrückblick: Sonja Grabowsky und Lukas Günther

Fotos Europapolitischer Jahresrückblick und

Kalender 2017: Steffen Suuck, European

Parliament, Steffen Suuck, NRW Jusos

Layout:

Lukas Günther (l.guenther@dietmar-koester.eu)

Auflage:

2.000

Alle Rechte des Europeatelegramms, mit Ausnahme der gekennzeichneten Inhalte, liegen bei Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP.

Die nächste Ausgabe des Europeatelegramms erscheint im März 2017.